

**Pressemitteilung**

**Immobilienwirtschaft zu Baugenehmigungs-Zahlen und Investitionen: Wohnungsbau muss zwingend ein Kernthema werden, wenn es in der neuen Koalition um Investitionen in die Zukunft geht**

**Berlin, 18.3.2025** – Die heute veröffentlichten Zahlen des Statischen Bundesamtes zu den Baugenehmigungen für Wohnungen sind aus Sicht der Immobilienwirtschaft „ein weiteres Signal dafür, dass es einen großen politischen Kraftakt braucht, um dieses chronische Problem zu lösen“. Die leichten Verbesserungen im Januar dürften nicht „über den Ernst der Lage hinwegtäuschen“. ZIA-Präsidentin Iris Schöberl: „Die geplante Grundgesetzänderung und das Sondervermögen von 500 Milliarden sind ein starkes Zeichen, dass Deutschland ökonomisch wieder in die erste Liga will. Die Koalitionäre in spe müssen dabei Investitionen in Neubau zwingend im Blick behalten, wenn es um Infrastruktur-Investitionen geht.“

Wenn der Bundestag heute grünes Licht gebe für Grundgesetzänderung und **Sondervermögen und der Bundesrat dieser Linie am Freitag folge, müssten „die künftigen Koalitionäre in den nächsten Wochen Antworten auf den Wohnungsmangel in Deutschland geben“.**

Die neuen Schulden des Bundes für Verteidigung und Infrastruktur könnten Kredite weiter in die Höhe treiben, so die Immobilienwirtschaft. Schon jetzt zeigten sich erste Auswirkungen. „Neue Unterstützungsmodelle über die KfW könnten da entscheidende politische Antworten auf diese Entwicklung sein“, so Schöberl.

Mit einem neuen Vorschlag für einen Gebäudetyp E könnte die künftige Bundesregierung schon in den ersten 100 Tagen wichtige Impulse setzen. Das „E wie einfach“ müsse durch praxistaugliche Vorschläge erreicht werden. „Dann kann wirklich vieles einfacher, effizienter und innovativer werden“, sagt Schöberl. Das wäre auch ein wichtiges Thema für das 100-Tage-Programm der neuen Regierung.

Der ZIA taxiert die Zahl der fehlenden Wohnungen in Deutschland auf etwa 600.000 und sieht die konkrete Gefahr, dass diese Lücke ohne Extra-Anstrengungen auf 830.000 im Jahr 2027 ansteigt.

**Hintergrund:** Im Januar dieses Jahres wurde laut Statistischem Bundesamt der Bau von 18 000 Wohnungen genehmigt. Das waren, so die Meldung aus Wiesbaden, 6,9 Prozent oder 1200 Baugenehmigungen mehr als im Januar 2024. Zwar stieg die Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich zum zweiten Mal in Folge, doch zuvor war der Wert seit April 2022 durchweg gesunken verglichen mit dem Vorjahresmonat.

---

**Der ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter über 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

**Kontakt**

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de

Internet: [www.zia-](http://www.zia-deutschland.de/) deutschland.de

